

Patriarchale Gewalt stoppen!

Der Kanton Bern muss jetzt handeln.

3. März, 17:30 Uhr

Kundgebung vor
dem Rathaus

Ni una menos!

Ni una menos!

Aufruf Kundgebung

Patriarchale Gewalt stoppen. Bern muss jetzt handeln.

Regierungsrat Schnegg legt eine in zentralen Punkten ungenügende Strategie gegen geschlechtsspezifische Gewalt vor. Frauen und genderqueere Personen müssen vor patriarchaler Gewalt besser geschützt werden: Betroffene brauchen mehr Schutz, Sicherheit und kompetente Begleitung.

Der Handlungsbedarf ist riesig: Allein zwischen 2023 und 2024 hat die Anzahl registrierter Fälle von häuslicher Gewalt im Kanton Bern um 14% zugenommen. Schweizweit wird alle 11 Tage eine Frau getötet. Und das ist nur die registrierte Spitze des Eisbergs - die Dunkelziffer ist nicht eingerechnet.

In Bern gibt es nicht genügend Schutzplätze. Den Beratungsstellen fehlen die Ressourcen, um alle Betroffenen zu unterstützen. Das Erfolgsprojekt der Hotline AppElle! wurde mit fadenscheinigen Argumenten ersetzt. Und nur dank dem Engagement von Freiwilligen gibt es überhaupt Anschlusslösungen nach einem Aufenthalt in einem Frauenhaus.

Neuaufgabe der Opferhilfestrategie ist ungenügend

Die nun vorliegende Strategie ist ungenügend: Statt die nötigen Mittel für einen Ausbau der Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen, will die Strategie eine «Verschlankung der Strukturen» bei den Beratungsstellen und «mehr Kosteneffizienz» in den Frauenhäusern. Im Bereich Prävention ist gerade mal eine einzige Massnahme vorgesehen, der Schutz besonders vulnerabler Gruppen wie Personen aus der LGBTIQ-Community oder für Menschen mit Behinderungen ist kaum Thema. Ungeklärt bleibt auch die Frage der medizinisch-therapeutischen Nachsorge.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, endlich das nötige Geld zur Verfügung zu stellen, um Frauen und genderqueere Personen wirksam vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt zu schützen.

Darum rufen wir am 3. März um 17.30 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Rathaus gegen diese ungenügende Politik von Regierungsrat Schnegg auf. Wir fordern:

- Es braucht mehr Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen und genderqueere Personen im Kanton Bern - jetzt!
- Die Beratung von gewaltbetroffenen Personen muss ausgebaut und bedarfsgerecht finanziert werden
- Das geplante Mädchenhaus braucht genügend Ressourcen und soll den jungen Frauen einen genügend langen Aufenthalt garantieren
- Das Anschluss-Angebot "LibElle" muss ausgebaut und mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet werden
- Es braucht eine Notfall-Hotline, die rund um die Uhr von Fachpersonen betreut wird
- Es braucht eine Stärkung der Prävention, Sensibilisierung und Intervention, indem staatliche und nicht-staatliche, niederschwellige Angebote insbesondere auch zum Thema gewaltbegünstigende Männlichkeitsnormen kantonsweit ausgebaut, langfristig finanziert und wirksam koordiniert werden
- Der Kanton Bern muss sich für die nationale Einführung von elektronischem Monitoring für einen besseren Schutz der Betroffenen einsetzen

Keine Gewalt an Frauen - Ni una menos!